

Bernd Wagner

Rentenpolitik politischer Parteien in der Bundesrepublik

Ein Diskussionsbeitrag zum Informationsgehalt von Theorien über politische Parteien

Magisterarbeit

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2004 Diplom.de
ISBN: 9783832491321

Bernd Wagner

Rentenpolitik politischer Parteien in der Bundesrepublik

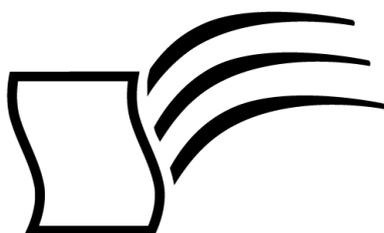
Ein Diskussionsbeitrag zum Informationsgehalt von Theorien über politische Parteien

Bernd Wagner

Rentenpolitik politischer Parteien in der Bundesrepublik

*Ein Diskussionsbeitrag zum Informationsgehalt von
Theorien über politische Parteien*

Magisterarbeit
Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg
Philosophische Fakultät III
Abgabe Oktober 2004



Diplom.de

Diplomica GmbH —————
Hermannstal 119k —————
22119 Hamburg —————

Fon: 040 / 655 99 20 —————
Fax: 040 / 655 99 222 —————

agentur@diplom.de —————
www.diplom.de —————

ID 9132

Wagner, Bernd: Rentenpolitik politischer Parteien in der Bundesrepublik - Ein Diskussionsbeitrag zum Informationsgehalt von Theorien über politische Parteien
Hamburg: Diplomica GmbH, 2005

Zugl.: Bayerische Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Magisterarbeit, 2004

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden, und die Diplomarbeiten Agentur, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Diplomica GmbH

<http://www.diplom.de>, Hamburg 2005

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	3
2	Paradigmatische Grundlagen der Parteientheorie.....	5
2.1	Das Integrationsparadigma.....	7
2.2	Das Konkurrenzparadigma.....	8
2.3	Das Transmissionsparadigma.....	9
3	Ausgewählte Parteientheorien.....	10
3.1	Die funktionalistische Parteientheorie nach Beck und Sorauf.....	11
3.2	Rational-choice-orientierte Parteientheorie nach Strøm/Müller.....	13
3.3	Der konflikttheoretische Ansatz von Richard Stöss.....	17
4	Exkurs: Parteien in der sozialpolitischen Literatur.....	18
5	Die gesetzliche Rentenversicherung in Deutschland.....	21
5.1	Grundzüge.....	22
5.2	Entwicklung von 1983 bis 2004.....	23
6	Implementation: Parteientheorien in der Rentenpolitik.....	29
6.1	Parteien in der Rentenpolitik aus Rational Choice-Sicht.....	29
6.2	Funktionalistische Sichtweise der Parteien in der Rentenpolitik.....	65
6.3	Rentenpolitik aus konflikttheoretischer Perspektive.....	99
7	Bewertung.....	101
7.1	Rational-Choice-Theorie.....	101
7.2	Funktionalistische Parteientheorie.....	103
7.3	Konflikttheorie.....	106
8	Schlusswort.....	107
9	Literaturverzeichnis.....	109

1 Einleitung

Die Parteientheorie ist ein kurioses Gebiet wissenschaftlicher Betätigung. Während in anderen Forschungsfeldern die Anhänger der verschiedenen Theorieschulen sich heftige Auseinandersetzungen über die Plausibilität, Gültigkeit und Aussagekraft ihrer Hypothesen liefern, streiten sich die Parteienforscher schon seit Jahrzehnten darüber, ob es überhaupt eine allgemeine Parteientheorie geben kann, was ihre Aufgabe sein soll und ob sie nicht vielleicht sogar ganz verzichtbar ist (vgl. Beyme 1983: 251; Greven 1993: 279; Steininger 1984: 89ff). Die Theoriedebatten werden „selbstanklägerisch und despektierlich im Tenor geführt und enden mit vernichtenden Urteilen, die kein gutes Haar am Entwicklungsniveau der Theoriearbeit lassen“ (Wiesendahl 1998: 15). Im Zentrum der Kritik steht dabei nicht etwa eine generelle Theorielosigkeit, sondern fehlendes Theoriewusstsein. Die Parteienliteratur enthalte zum einen oftmals implizit theoretische Grundannahmen, die jedoch unreflektiert und ohne Abgrenzung zu anderen theoretischen Positionen adaptiert würden, ohne Gedanken über die logischen und methodologischen Implikationen zu verlieren, auf die man sich als Forscher mit seiner Wahl einlässt (vgl. ebd.: 17). Zum anderen zerfalle die Parteientheorie in zahlreiche Bereichstheorien von geringer Reichweite ohne einen gemeinsamen theoretischen Bezugsrahmen, der die Forschung in Spezialgebieten anleiten könnte. Eine Gesamtansicht politischer Parteien, welche die Vielfalt der Parteienwirklichkeit berücksichtigt, sei auf diese Weise nicht möglich. Stattdessen würden immer „mehr isolierte punktuelle Ausschnitte (...) detailliert erhellt, ohne daß Brückenschläge oder Transfers erkennbar wären“ (ebd.: 17). Als Folge dieser ziellosen Fragmentierung gerät die Parteienforschung in dem „Geruch, nur gehobenen Journalismus darzustellen“ (Beyme 2000: 9). *Greven* empfiehlt den Parteienforschern indirekt sogar, gleich ganz ihren Job an den Nagel zu hängen, wenn er schreibt: „Ist es nicht so, daß der fundierte Journalismus über politische Parteien (...) der akademischen Parteienforschung regelmäßig um Längen voraus ist? Was erführe man aus ihr, was man nicht längst in Journalen gelesen hätte (...)?“ (Greven 1993: 280).

Anstatt dem Beispiel *Grevens* zu folgen und das Handtuch zu werfen, will ich in dieser Arbeit versuchen, durch eine inhaltliche Auseinandersetzung mit Ansätzen und Strömungen in der Theoriearbeit einen Beitrag zur Diskussion über den Gehalt von Theorien über politische Parteien zu leisten. Meinem Untersuchungsansatz liegt das kritisch-rationale Argument zu Grunde, dass man Hypothesen an der Wirklichkeit testen können muss. Auch aus Theorien über politische Parteien müssen Hypothesen ableitbar sein, die mit Beobachtungsaussagen konfrontiert und so auf ihre Gültigkeit überprüft werden können (vgl. Alemann 1995: 48). Dieses deduktive Design des Tests alternativer Hypothesen dient nicht der Theoriebildung, sondern der Theoriefortbildung (vgl. Bürklin/Welzel 1995: 334). An diesem Ziel orientiert sich auch die Methode: Die Annahmen, die Parteientheorien zu Grunde liegen, und die aus ihnen

abgeleiteten Aussagen sollen anhand *eines* Politikfeldes in *einem* Land auf ihre empirische Validität überprüft werden. Das erlaubt Rückschlüsse auf die Gültigkeit der Theorie unter den Bedingungen des Einzelfalls (vgl. Richter 2001: 3). Die Beschränkung auf eine Fallstudie wirkt dabei wie ein Vergrößerungsglas; um eine umfassendere Sicht zu ermöglichen, können die Ergebnisse der Beobachtung anschließend mit den Erkenntnissen anderer Arbeiten verglichen werden.

Als Fallbeispiel habe ich die Rentenpolitik in der Bundesrepublik Deutschland zwischen der 10. und 14. Legislaturperiode (1983 bis 2002) ausgewählt. Die Untersuchung beschränkt sich auf die gesetzliche Rentenversicherung und klammert andere Bereiche der Alterssicherung wie die Beamtenaltersversorgung aus. Dieses Politikfeld verspricht aus verschiedenen Gründen aufschlussreiche Ergebnisse. Erstens handelt es sich um eine sehr bedeutende Materie. *Nullmeier/Rüb* halten die Rentenversicherung für „das *legitimatorische Zentrum* des deutschen Sozialstaats. Veränderungen in der Ausgestaltung (...) sind Veränderungen in seinem Kernbestand und seinem Selbstverständnis“ (1993: 16; Hervorh. i. Orig.). Zweitens fanden im Untersuchungszeitraum interessante Wandlungsprozesse der Rahmenbedingungen, des Parteienhandelns und der Parteistruktur sowie ein Regierungswechsel statt. Und drittens müssen die Parteien vor allem durch den demographischen Wandel in der Rentenpolitik außergewöhnliche Herausforderungen meistern.

Gang der Untersuchung

Bei der Auswahl der Partientheorien lehne ich mich an den renommierten Parteienforscher *Elmar Wiesendahl* an. Er hat in seinem Buch „Parteien und Demokratie“ (1980) eine perspektivengebundene Typologie der Partientheorien vorgeschlagen, die viel Anerkennung fand und nach wie vor häufig zitiert wird. *Wiesendahls* Ausgangspunkt ist die Standortgebundenheit des Forschers: „Theoretisieren über Parteien beginnt mit grundlegenden Vorstellungen, Perspektiven und Analyseansätzen, mit denen Parteienforscher an ihren Gegenstandsbereich herantreten (...). Partientheorie stellt immer eine vom Forscher geschaffene Eigenwelt dar und ist mit der Wirklichkeit niemals identisch“ (1998: 28). Ich werde im ersten Schritt die drei paradigmatischen Denkansätze vorstellen, auf denen die Parteienforschung laut *Wiesendahl* beruht. In seinem aktuellen Werk „Parteien in Perspektive“ (1998) macht der Autor für die Gegenwart nur noch zwei theoretische Hauptströmungen aus, die aus den Paradigmen hervorgegangen sind¹. Im zweiten Schritt werde ich deshalb zwei prominente Vertreter dieser Richtungen, die funktionalistische Partientheorie nach *Beck* und *Sorauf* und den Rational Choice-Ansatz von *Strom* und *Müller*, vorstellen und erläutern, wie ich ihre Konzepte für die Überprüfung in der Rentenpolitik opera-

¹ Die klassische Partientheorie stellt *Wiesendahl* zwar als eigene Hauptströmung vor, charakterisiert sie aber als überholt und unzeitgemäß.

tionalisiere. Auf die aus dem dritten Paradigma hervorgegangenen Konflikttheorien werde ich am Beispiel von *Stöss* nur am Rande eingehen. Weil die Parteientheorien auch in der Sozialpolitikforschung eine Rolle spielen, widme ich diesem Zusammenhang einen Exkurs.

Die Prüfung der Theorien leite ich mit einer Darstellung der Gestalt und einem Überblick über die Geschichte der Rentenversicherung in der Bundesrepublik ein. Im Hauptteil werde ich das Handeln, die Organisationsstruktur und die Entscheidungsprozesse der Parteien in der Rentenpolitik den Hypothesen der vorgestellten Parteientheorien gegenüberstellen und aufzeigen, in wie weit sich die Beobachtungen mit den Hypothesen erklären lassen, wo Übereinstimmung zwischen Theorie und Empirie herrscht und wo Widersprüche auftreten. Im letzten Schritt werde ich den Problembereich mit einer Bewertung der Erklärungskraft der Theorien, ihrer Defizite und der Möglichkeiten einer gegenseitigen Ergänzung schließen.

2 Paradigmatische Grundlagen der Parteientheorie

Wie alle sozialwissenschaftlichen Theorien steht auch die Parteientheorie vor einem logischen Problem: „Jede Weltbeobachtung findet in der Welt statt, jede Gesellschaftsbeobachtung, wenn sie als Kommunikation vollzogen wird, in der Gesellschaft“ (Luhmann 1997: 1118). Die Gesellschaft kann sich also nur selbst beobachten; eine völlig objektive, externe, losgelöste Beobachtung ist deshalb nicht möglich. Folglich sind alle Beobachtungen und Beobachtungsergebnisse nur Konstruktionen aus der Sicht beobachtender Systeme (vgl. Luhmann 1996: 18f). Somit sind auch alle politikwissenschaftlichen Theorien Konstruktionen, die auf Unterscheidungen durch Beobachter beruhen. Andere Beobachter nehmen mehr, weniger oder anderes in den Blick, jede Perspektive liefert andere Beobachtungen. „Das impliziert die ständige Korrigier- und Kritisierbarkeit aller Beobachtungsergebnisse.“ (Berghaus 2003: 44). Speziell in der häufig unter dem Einfluss normativer Prämissen stehenden Parteienforschung (vgl. Beyme 1983: 242) rückt dies die Frage nach der Perspektive des Beobachters in den Mittelpunkt:

„Was somit Bedingung jeglicher Forschung ist, macht zugleich ihr Entscheidungsproblem aus: Denn was soll nach welchen Maßstäben unberücksichtigt bleiben, was als wichtig hervorgehoben werden? Wie soll vereinfacht werden, und wie weit kann Vereinfachung gehen? Für diese Fragen gibt es keine verbindliche Antwort, wie es keine zwingenden Kriterien gibt, die eine Antwort vorschreiben könnten. Der Forschung verbleibt also ein Entscheidungsproblem, dessen Lösung gegenüber der Wirklichkeit unbefriedigend bleiben muss. (...) Soweit keine eingesetzte Methode und keine gewählte Perspektive für sich allein den Anspruch des Richtigen beanspruchen kann, ist folglich der Methoden- und Perspektivenpluralismus für die Parteienforschung konstitutiv.“ (Wiesendahl 1980: 103)

Schon die Frage nach dem Parteibegriff – eine der ersten Unterscheidungen, die ein Forscher zu treffen hat – lässt eine Vielzahl von unterschiedlichen Sichtweisen zu und verweist auf die Verzahnung der

Parteientheorie als einer Bereichstheorie mit sozialwissenschaftlichen Großtheorien. Zum Beispiel wird in modernen westlichen Industriegesellschaften „Partei“ meist in Verbindung mit einem Parteiensystem und einer demokratischen Ordnung gedacht und damit unter demokratietheoretischen Prämissen untersucht. Doch politische Parteien sind keineswegs ein demokratisches Phänomen oder eine Erfindung der neuzeitlichen Staatslehre (vgl. Steininger 1984: 90). Die Entscheidung für ein demokratisches Begriffsverständnis von „Partei“ impliziert deshalb schon ein ganzes Arsenal an Leitideen, Prämissen und Vorstellungen; gleichzeitig lenkt sie die Aufmerksamkeit auf ganz bestimmte Fragestellungen und blendet andere aus. Bei der Herausarbeitung von Forschungsperspektiven muss deshalb laut *Wiesendahl* berücksichtigt werden, „mittels welcher analytischen Konzepte, Kategorien und Begriffe und welcher Orientierungen ein Gegenstandsbereich“ erschlossen wird (1980: 41), mit dem Ziel, durch bewusstes Hinterfragen einen Beitrag „zur Entfrachtung der Parteienforschung von allen ihren Präskripten und verkürzten Fragestellungen“ zu leisten (1980: 17).

Wiesendahl geht davon aus, dass man in der Parteienforschung drei theoretische Grundpositionen unterscheiden kann, die er in Anlehnung an Kuhns Theorie der wissenschaftlichen Revolutionen als Paradigmen bezeichnet: Das Integrations-, das Konkurrenz- und das Transmissionsparadigma (vgl. 1998: 29 und 1980: 107; s. unten). Doch selbst diese Zusammenstellung der Paradigmen erfolgt nicht neutral, sondern aus einer ganz speziellen Perspektive: *Wiesendahl* interessiert sich in seiner soziologischen Untersuchung der paradigmatischen Ansätze in der Parteienforschung für das Beziehungsverhältnis zwischen Parteien und Demokratie. Er sieht die Parteienforschung als „spezielle Form von Demokratieforschung“ und folgert daraus, dass „die Parteientheorie wesentliche Annahmen und Aussagen über ihren Erkenntnisgegenstand aus dem Aussagenfundus der Demokratietheorie entlehnt“ (1980: 19). Deskriptive und präskriptiv-normative Elemente würden dabei eine unlösbare Verbindung eingehen.

Das Design meiner Untersuchung – das Testen von Hypothesen am Fallbeispiel der bundesdeutschen Parteienlandschaft – lässt es nur zu, Theorien über Parteien in demokratischen Systemen zu prüfen. Unter dieser Einschränkung scheint mir das Paradigmakonzept geeignet, den Bezugsrahmen und den analytischen Kontext der verschiedenen Denkschulen in der Parteientheorie offen zu legen. Eine Parteientheorie, die für moderne Demokratien, vor-demokratische Staatswesen, staatssozialistische Regimes und faschistische Diktaturen gleichermaßen gelten soll, könnte nur unter dem Dach einer umfassenden Theorie zur Funktion der Parteien im gesellschaftlich-politischen Zusammenhang entfaltet werden (vgl. Stöss/Niedermayer 1993: 28). Eine sozialwissenschaftliche Theorie von solchem Allgemeingrad würde in der Tat Gefahr laufen, als *Beymes* viel zitiertes „gestelztes Leerformelgebilde in die Arena der Wissenschaft zu treten“ (1983: 251).

Die meisten modernen Parteientheorien sind allerdings nicht eindeutig einem Paradigma zuzuordnen. Zum einen haben sich die scharfen Trennlinien zwischen den Denkansätzen in den letzten Jahrzehnten stark verwischt. Zum anderen werden die paradigmatischen Wurzeln so gut wie nie explizit offen gelegt. „Sie müssen aus den konzeptionellen, kategorialen und methodischen Aussagen des Parteienschrifttums herausgefiltert und in ihrer logischen Sinnstruktur analysiert werden“ (Wiesendahl 1998: 29). Die Ergebnisse dieser Sichtung sind nicht zwangsläufig eindeutig. Weil jedes Paradigma bei der Analyse und Erklärung bestimmter Ausschnitte der Parteienwirklichkeit seine Stärken hat andere Ausschnitte vernachlässigt, wenden moderne Parteienforscher häufig eine komplementäre Strategie an und nehmen ihren Gegenstand aus unterschiedlichen paradigmatischen Perspektiven in Augenschein. Dennoch sind in der Regel Tendenzen zu einem der drei Pole erkennbar, die Rückschlüsse auf die Verankerung einer Theorie in einer demokratietheoretischen Grundposition zulassen.

2.1 Das Integrationsparadigma

Ausgangspunkt des Integrationsansatzes ist die Frage nach den Funktions- und Bestandsbestimmungen für eine stabile Demokratie. Der Integrationsansatz stellt „die Leistungen der Parteien für die Sicherung der Konsensbildung, der Funktionserfüllung und der Überlebenssicherung des politischen Gesamtsystems in den Vordergrund“ (Beyme 1995: 519). Das Paradigma leitet also sein Parteikonzept aus den Systemerfordernissen einer funktionierenden und stabilen Demokratie ab: Die Partei wird „als abhängige Variable politischer Systemfaktoren entworfen und normativ auf systemkonforme Dienstleistungen verpflichtet“ (Wiesendahl 1980: 145). Die Herstellung von Anerkennung und Unterstützung des aus der Gesellschaft ausgelagerten politischen Systems durch die Umwelt einerseits und Abwehr von unzumutbaren Umweltforderungen durch Konsensbildung andererseits wirken als funktionale Imperative für die Parteien. Damit bildet das Parteiensystem quasi ein Puffergebilde zwischen dem politisch-administrativen System und seiner gesellschaftlichen Umwelt:

„Auf der Input-Seite des politischen Prozesses gewährleistet es die Systemimperative dadurch, dass es bei gelenktem Wettbewerb Konflikte bündigt und formiert und Forderungen filtert und bündelt, so daß nur lösbare und entscheidbare Inputs in das politische Entscheidungs- und Problemverarbeitungszentrum zu gelangen vermögen. Auf der Output-Seite des politischen Prozesses trägt das Parteiensystem dazu bei, den politischen Entscheidungen die erforderliche Annahmefähigkeit und Zustimmung durch die gesellschaftliche Umwelt zu besorgen“ (ebd.: 146).

Die Entscheidungsbildung *an sich* siedelt der Integrationsansatz im politischen System an. Im Zentrum stehen dabei die Parlamente als souveräne und autonome Entscheidungsorgane. Parteien nehmen aus diesem Blickwinkel unbestritten Einfluss, sind aber nicht Träger, sondern Hilfsorgane politischer Willensbildung (vgl. ebd.: 310f). Dieser Vorstellung liegt ein repräsentatives Demokratiekonzept zu Grun-

de, nach dem gewählte Politiker - prinzipiell unabhängig und nur ihrem Gewissen verantwortlich - auf parlamentarischer Ebene an Volkes statt, aber mit dessen Zustimmung die politischen Entscheidungen treffen. Parteien bilden in diesem Rahmen „Instrumente, die unter den Bedingungen moderner Massendemokratien einerseits Wahlen sicherstellen und andererseits die Entscheidungsunabhängigkeit und -fähigkeit der politischen Eliten im politisch-administrativen Entscheidungszentrum gewährleisten können“ (ebd.: 115).

2.2 Das Konkurrenzparadigma

Das Konkurrenzparadigma rückt den Begriff „Wettbewerb“ in den Mittelpunkt der Parteientheorie. Als Anstoßgeber der Vorstellung von Demokratie als Wettbewerb um Wählerstimmen mit starken Analogien zum ökonomischen Marktmodell gilt *Joseph Schumpeter* mit seinem Werk „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“. *Schumpeter* nennt „die demokratische Methode (...) diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfs um die Stimmen des Volkes erwerben“ (1972: 428). Die Wähler tauschen also mit politischen Eliten in einem vertraglich geregelten Rahmen Stimmen gegen öffentliche Güter. Das Volk bleibt zwar auch in diesem Modell der Souverän, es gestaltet aber den Prozess der politischen Willensbildung nicht mehr selbst, sondern stimmt über die Politikangebote ab, die ihm auf Basis freier Werbung von politischen Unternehme(r)n angeboten werden. „Die eigentliche Aufgabe der Wählerschaft besteht nicht darin, Fragen der Politik zu entscheiden, sondern zu bestimmen, welche von zwei oder mehr Mannschaften die Entscheidung treffen soll“ (McKenzie 1961: 386, zit. nach Wiesendahl 1980: 119). Auf diese Weise erfährt Elitenherrschaft eine demokratische Legitimation. Dabei stellt der Stimmenkonkurrenzmechanismus sicher, dass sich die Politikangebote an der Wählernachfrage orientieren – *Adam Smith*’ „unsichtbare Hand“ lässt grüßen: Der Wettbewerbsdruck zwingt die an Wahlerfolgen interessierten Gruppierungen, ihre Programme an den Bürgerpräferenzen zu orientieren (vgl. Nullmeier 2000: 222).

Parteien sind aus dieser Perspektive reine Machterwerbsinstrumente in der Hand eigennütziger Politiker. Als rationale Mittel-Zweck-Organisationen gehorchen sie den Gesetzen unternehmerischer Logik: Alle Strukturen, Entscheidungen und Maßnahmen der Parteien bilden eine Funktion rationaler Zielverwirklichung (vgl. Wiesendahl 1980: 123). Nach *Downs* treten sie „mit politischen Konzepten hervor, um Wahlen zu gewinnen; sie gewinnen nicht Wahlen, um mit politischen Konzepten hervortreten zu können“ (1968: 28). Und weiter: „In unserem Modell sind die politischen Parteien (...) nicht Vertreter bestimmter sozialer Gruppen oder Klassen, sondern autonome Organisationen, welche die führende Rol-